

Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung

Vom 3. bis 14. Juni 1992 findet in Rio de Janeiro die zweite Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) statt. Sie soll eine Fülle von Themen behandeln und einige wichtige Konventionen und Aktionsprogramme verabschieden.

Seit der ersten Umweltkonferenz 1972 in Stockholm hat sich viel geändert. Die Dringlichkeit ökologischer Probleme – damals nur ein Thema für Experten – hat inzwischen ein öffentliches Umweltbewußtsein geschaffen. Wichtige Anstöße gaben Studien wie der Bericht „Grenzen des Wachstums“ (1972) oder das berühmte Buch „Small is Beautiful“ (1973) von Ernst F. Schumacher, der schon früh davor warnte, „naturgegebene Güter“ als Produkte statt als unersetzliches „Kapital“ zu behandeln. Inzwischen sind Stichworte wie Treibhauseffekt, Ozonloch oder Abholzung tropischer Regenwälder in aller Munde. Trotz mancher Fortschritte wächst aber die Gefahr eines globalen ökologischen Kollapses.

Dennoch sind die Aussichten für Rio eher düster, da das Umweltthema inzwischen zu einem Hauptstreitpunkt im Nord-Süd-Konflikt geworden ist. Die Industrieländer verbinden ihre Entwicklungshilfe zunehmend mit Umweltauflagen, und Umweltorganisationen fordern einen Boykott des Imports tropischer Hölzer. Dies handelt ihnen seitens der Entwicklungsländer den Vorwurf eines Umweltimperialismus und der Doppelmoral ein. So stellte der malaysische Premierminister Mohamed Mahathir unlängst fest: „Die Dritte Welt soll sich, koste es, was es wolle, an die von Europa und den USA diktierten rigiden Auflagen halten, während die Reichen sich die Spielregeln je nach Bedarf neu schreiben.“

Unbestreitbare Tatsache – jenseits aller politischer Polemik – bleibt, daß seit 1972 der Verbrauch von Ressourcen sowie Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung weltweit in einem Maß zugenommen haben, welches das Überleben der Erde und damit der Menschheit bedroht. Hauptschuldige sind die reichen Länder mit ihrer verschwenderischen Wirtschafts- und Konsumweise, häufig verbunden mit rücksichtslosen kommerziellen Interessen. Ihr Anteil am Weltenergieverbrauch, der sich in den vergangenen vier Jahrzehnten fast vervierfacht hat, lag 1989 bei über 80 Prozent (60 Prozent allein in Nordamerika und im ehemaligen Ostblock). Ebenso ist die atmosphärische Belastung durch Schadstoffe zu etwa 80 Prozent durch Industrieländer verursacht. Um so unverständlicher und unglaublicher ist die geringe Bereitschaft des Nordens zu Reformen. So hat etwa der amerikanische Präsident vor kurzem seine Teilnahme am Weltgipfel davon abhängig gemacht, daß keine Abkommen abgeschlossen würden, welche die Vereinigten Staaten zu einer verbindlichen Reduzierung ihrer Schad-

stoffe verpflichteten. Geradezu zynisch erscheint es, wenn ein Abteilungsleiter der Weltbank in einem internen (inzwischen zurückgezogenen) Papier vorschlägt, Giftmüll aus dem Norden im Süden zu „entsorgen“, da dies beiden Seiten ökonomische Vorteile (Kosten bzw. Einnahmen) bringe.

Unbestreitbare Tatsache ist aber auch, daß die Entwicklungsländer selbst immer mehr zu Opfern ihrer Umweltprobleme werden, die nicht nur die Gesundheit zahlloser Menschen bedrohen, sondern auch die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung gefährden. Die Luftverschmutzung in Metropolen wie Mexiko-Stadt übersteigt inzwischen jede tolerierbare Obergrenze um ein Vielfaches. Abnehmende Boden- und Wasserqualität gefährdet gerade in sehr armen Ländern die Ernährungssicherung. Welche Folgen rücksichtslose Abholzung haben kann, hat im letzten Jahr eine durch einen Taifun ausgelöste Regen- und Schlammflut auf den Philippinen mit 8000 Todesopfern gezeigt. Ein Verzicht der Entwicklungsländer auf Umweltpolitik wäre daher sicher sehr kurzsichtig.

Im Unterschied zum Problem Umwelt und Wohlstand in den Industrieländern befinden sich die Entwicklungsländer in einer ökologischen Armutsfalle. Der Überlebenskampf zerstört die Umwelt, was wiederum Ursache neuer Armut ist. Dies gilt für das Sammeln von Brennholz zum Kochen wie für die Abholzung von Regenwäldern für Devisen, um den Schuldendienst zu bedienen. Verschärft wird die Problematik durch das Bevölkerungswachstum.

Nur Umweltpartnerschaft zwischen Nord und Süd kann daher das globale ökologische Gleichgewicht und die lebensnotwendige Umwelt in allen Teilen der Welt erhalten. Dies verlangt an erster Stelle einschneidende Reformen in den reichen Ländern: verbindliche Quoten für die Reduktion von Schadstoffen wie CO₂ und FCKW nach dem Verursacherprinzip; Energie- und Rohstoffeinsparungen; Verzicht auf Giftmüllexport; umweltgerechte Landwirtschaft; Einbeziehung der Umweltkosten in die betriebswirtschaftliche Rechnung; Vorrang für präventive Umweltpolitik. Denkbar wäre auch eine Art „doppelter Konditionalität“, eine wechselseitige Selbstverpflichtung von Industrie- und Entwicklungsländern zu Umweltmaßnahmen. Angesichts ihrer Notlage brauchen die armen Länder jedoch erhebliche finanzielle und technische Unterstützung, also zusätzliche Entwicklungshilfe (zum Beispiel internationaler Umweltfonds als Ausgleich für Einnahmeverluste) und billige Umwelttechnologien. Dies wäre zugleich ein wichtiger Beitrag zur vielbeschworenen Bekämpfung der Fluchtursachen Armut und Umweltzerstörung.

Solche Reformen verlangen einen tiefen Wertewandel, ein Umdenken jedes einzelnen wie der Politik. Es bedarf der Abkehr von der Vorstellung unbegrenzter Verwertbarkeit der Umwelt und fortwährenden Wachstums. Ohne eine Ethik des Verzichts gibt es keine Ethik des Überlebens, und damit auch keine nachhaltige Entwicklung in Solidarität auch mit künftigen Generationen.

Johannes Müller SJ